

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846 ppbh d

Inhalt

Karl Liedtke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion zeigt, wie die Opposition das Schreckensgemälde vom "scheußlichen Staat" entwirft: Bilanz der CDU/CSU-Polemik gegen den Sozialstaat.

Seite 1-3

Heinz Rapp MdB nach der Verlesung des Hirtenbriefes: Mich wundert, wenn man vom Alter der Institution auf ihre Weisheit schließt.

Seite 4/5

Frank Sommer zeigt Möglichkeiten auf, die Jugendhilfereform doch zu verwirklichen: Noch eine Chance.

Seite 6/7

Carlheinz Moesta MdL berichtet, wie eine unionsnahe Zeitung über das Kabelfernsehprojekt Ludwigshafen ins Schwärmen gerät: Vom Pilotprojekt zum Landessender?

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 181

22. September 1980

Bilanz der CDU/CSU-Polemik gegen den Sozialstaat

Der "scheußliche Staat" der christlichen Oppositionsparteien

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bereits in der Aussprache über die Regierungserklärung am 20. September 1949 hatte Carlo Schmid Anlaß, der CDU/CSU vorzuhalten: "Es ist eine seltsame Sache: In gewissen Zeiten und bei gewissen Gelegenheiten sind es besonders die reichen Leute, die so wenig Staat als möglich haben wollen - die Polizei ausgenommen natürlich - und wenn man genau hinsieht, dann erscheint ihnen der Staat offenbar dort am scheußlichsten, wo er als Finanzamt in Erscheinung tritt."

Das von Carlo Schmid damals kritisierte Staatsverständnis haben die Unionsparteien bis heute an den Tag gelegt. Zielscheibe ihrer Angriffe ist der Sozialstaat unseres Grundgesetzes. Ihre Forderung nach "weniger Staat" begründen die Unionsparteien mit einem immer neuen Klagelied über die Scheußlichkeit von "zuviel Staat". Die Variationen dieses Klageliedes sehen seit 1969 so aus:

- "Weniger Personalkosten durch weniger Staat"
- "Weniger Staat durch Privatisierung"
- "Weniger Bürokratie durch weniger Staat" und neuerdings
- "Weniger Staatsverschuldung durch weniger Staat".

Wenn die katholischen Bischöfe in ihrem Hirtenwort das CDU/CSU-Stichwort "Staatsverschuldung" aufgriffen, gaben sie damit dieser langjährigen Polemik von CDU und CSU Hilfestellung. Worum es den Unionsparteien geht, zeigt die nachfolgende Bilanz.



Weniger Personalkosten durch weniger Staat

Zunächst hieß es bei der Union: "Weniger Personalkosten durch weniger Staat." So forderte Strauß in einem Interview mit der Bildzeitung am 24. Juli 1972:

"Und gerade Bund, Länder und Gemeinden werden durch Personalkosten in besonders starkem Maße betroffen. Deshalb müssen zu allererst die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden ..."

Die Union folgte Strauß in dieser Auseinandersetzung im "Grundsätzlichen". Der CDU/CSU-Wirtschaftsexperte Ernst Müller-Hermann meinte beispielsweise:

"Der Staat muß wieder lernen, sparsam zu wirtschaften und weniger von den Menschen zu nehmen, so daß diese mehr für sich selbst sorgen können. Die Union tritt für einen unverzüglichen Stellenvermehrungsstop beim Bund ein."

Solche gegen die sozialliberale Bundesregierung gerichteten Angriffe waren aber bereits 1972 substanzlos, sie wurden in der Folgezeit immer unglaubwürdiger. Denn schon 1972 stagnierte der Personalbestand beim Bund, seit 1974 war er sogar rückläufig. Erst 1979 war wieder ein geringfügiger Anstieg des Personals zu verzeichnen. Demgegenüber bauten Länder und Gemeinden ihr Personal in unbestritten wichtigen Aufgabenbereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und Innere Sicherheit weiter kräftig aus. Für den Zeitraum von 1976 bis 1978 ergibt sich beispielsweise hinsichtlich der durchschnittlichen jährlichen Personalentwicklung folgendes Bild:

Bund: Minus 0,6 Prozent; Länder: Plus 1,6 Prozent, Gemeinden: Plus 1,3 Prozent.

Weniger Staat durch Privatisierung

Nachdem die CDU/CSU offenbar eingesehen hatte, daß angesichts dieser Fakten mit der Personal- und Personalkostendiskussion kein Staat zu machen war, rückte sie die Privatisierungsforderung in den Vordergrund. Jetzt hieß es: "Weniger Staat durch mehr Privatisierung." Wiederum war es Strauß, der in der "Wirtschaftswoche" vom 30. Januar 1976 radikal forderte:

"Wir sollten den ganzen Bereich der öffentlichen Dienstleistung auf seine Privatisierungsmöglichkeiten untersuchen."

Zuvor hatte er bereits im September 1975 die Begründung geliefert:
"Wir haben die Grenzen des Sozialstaates erreicht."

Aber auch mit der Privatisierungsforderung hatte die CDU/CSU kein Glück. Sie stieß nicht nur auf den energischen Widerstand von SPD und Gewerkschaften, sondern auch auf den der kommunalen Spitzenverbände. So wurde die fundierte Stellungnahme des Deutschen Städtetages zur Privatisierung einstimmig - also auch unter Zustimmung der erfahrenen kommunalen Praktiker der CDU/CSU - verabschiedet. Den ideologischen Klischees der CDU/CSU wurde eine deutliche Abfuhr erteilt.

Zudem haben alle Erfahrungen zwischenzeitlich gezeigt, daß Privatisierungen öffentlicher Aufgaben regelmäßig zu Lasten der Bürger oder Beschäftigten gehen. Allenfalls geringfügige Teilaufgaben einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung lassen sich privatisieren. Ungeachtet der noch unverdrossenen Bemühungen der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel kann die Unionsstrategie zur Privatisierung als gescheitert gelten. Unverdächtigster Zeuge dafür ist Manfred Groser, der von 1978 bis 1980 Leiter in der Planungsabteilung der Bundeszentrale der CDU war. Er erklärte in Zusammenfassung der Privatisierungsbemühungen:

"In der Bundesrepublik ist es den Befürwortern der Privatisierung bisher nicht gelungen, dem Privatisierungsthema im Rahmen einer ordnungspolitischen Offensive zum Durchbruch zu verhelfen."

Weniger Bürokratie durch weniger Staat

Nach diesen Fehlschlägen wurde das Wort "Entbürokratisieren" zur neuen Zauberformel. Mit dem Slogan "Freiheit oder/statt Sozialismus" zog zunächst Strauß gegen die "Grenzen

des Sozialstaates", die "Last der Wohltaten" und für eine "Reduzierung der Staatsquote" in der Bundestagswahl 1976 zu Felde. Die CDU setzte sich nach der Wahl an die Spitze einer pseudo-wissenschaftlichen Begründung. Sie veranstaltete 1978 eine so bezeichnete wissenschaftliche Fachtagung zu dem Thema "Verwaltete Bürger - Gesellschaft in Fesseln, Bürokratisierung und Folgen für den Staat, Wirtschaft und Gesellschaft". Das Ergebnis legte sie 1979 als "Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft" vor.

Des Pudels Kern steckt unter anderem in folgendem Satz des Programms:

"Bürokratisierung führt zur lautlosen Systemüberwindung: Nur im Sozialismus muß alles und jedes zentral entschieden werden; nur im Sozialismus ersetzt die Zentrale Selbstständigkeit und Eigenverantwortung des einzelnen. Heute braucht der Sozialismus keine Revolution, er braucht ebensowenig demokratische Mehrheiten. Er entsteht durch die allumfassende Bürokratisierung gleichsam wie von selbst."

Die CDU-These, mit der der Slogan "Freiheit oder/statt Sozialismus" untermauert werden sollte, sieht - wen wundert es - in einer Gleichung etwa so aus:

Sozialismus = zuviel Staat = zuviel Bürokratie = weniger Freiheit.

CDU und CSU scheinen noch nicht gemerkt zu haben, daß die irrealen Formel nicht die erhoffte Schlagkraft hat, nachdem vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu einer Versachlichung der Diskussion beigetragen haben. Bürokratie, das heißt Verwaltung, ist nun einmal in der modernen Industriegesellschaft notwendig - nicht erst seit gestern oder vorgestern. Ohne die öffentliche Verwaltung ist der Sozialstaat des Grundgesetzes nicht zu verwirklichen. Allerdings muß der "Überbürokratisierung" entgegen gewirkt werden. Und dazu bedurfte es nicht erst eines Anstoßes durch die CDU/CSU. Die von ihr vom Zaun gebrochene Diskussion ist vielmehr nur geeignet, die eigentlichen Probleme zu vernebeln und unseren öffentlichen Dienst zu diskreditieren.

Weniger Staatsverschuldung durch weniger Staat

Es kann nicht überraschen, daß die CDU/CSU in diesem Wahlkampf vorsorglich versucht, ihren alten Popanz neu zu bekleiden. Ihr neues Angriffsziel ist die "Staatsverschuldung". Jetzt heißt es: "Weniger Staatsverschuldung durch weniger Staat." So meinte Helmut Kohl beispielsweise in einer Presseerklärung vom 22. August 1980 und im "Handelsblatt" am 12. September 1980:

"Zuviel Staat, zuviel Bürokratie, ein investitions- und leistungsfeindliches Klima, viel zu hohe Schulden ... Die Alternative von CDU und CSU ist die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft ... Wir werden die bürokratischen Bremsklötze beseitigen."

Auch diese neuerliche Fassung des Unions-Klageliedes über "zuviel Staat" wird wegen seiner Substanzlosigkeit bald verhallt sein.

Den von Unionspolitikern seit 1969 unermüdlich prophezeiten Staatsbankrott und den Untergang der Freiheit durch "zu viel Staat" wird es bei uns in der Zukunft ebenso wenig geben wie in der Vergangenheit. "Weniger Staat" - das sind zum Beispiel weniger soziale Leistungen, weniger staatliche Konjunkturförderung, weniger Forschungsförderung für wichtige Zukunftsaufgaben. Weniger Staat nach überholten konservativen Rezepten - das käme uns alle teuer zu stehen.

Die Bischöfe haben 1969 in ihrem Text "Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart" in dankenswerter Weise festgestellt:

"In vielen Bereichen des heutigen Lebens muß ... nicht selten die Freiheit Einzelner eingeschränkt werden, um die Freiheit vieler zu sichern. Jede undifferenzierte Zurückweisung des heutigen Sozialstaates zu Gunsten übertriebener individueller Freiheit übersieht den langen und schwierigen geschichtlichen Weg, den wir zur Überwindung staatlicher Passivität in Abkehr von den utopischen Harmonieerwartungen des individualistischen Liberalismus gegangen sind."

Es wäre zu begrüßen, wenn dieser Standpunkt der Bischöfe in der jetzigen Wahlkampfdiskussion nicht untergehen würde. Die Bischöfe selbst könnten das Notwendige zur Klärung tun.

(-/22.9.1980/ks/ca)

Der Hirtenbrief ist verlesen

Mich wundert, wenn man vom Alter der Institution auf ihre Weisheit schließt

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD
und Mitglied im Zentraalkomitee der deutschen Katholiken

1. Der Wahlhirtenbrief ist verlesen worden, nichts anderes war zu erwarten. Man soll uns da jetzt wenigstens nicht noch den Tort antun und behaupten, er sei nicht parteilich gemeint gewesen - wir würden uns da arg unterschätzt vorkommen. Zur Sache selbst haben Oswald von Nell-Breuning und Hans-Jochen Vogel das zunächst Erforderliche gesagt; andernorts und zu anderer Zeit wird mehr zu sagen sein. Diese meine katholische Kirche hat ihre politischen Irrtümer und historischen Fehlleistungen zu allen Zeiten erst zugegeben und korrigiert, wenn es zu spät war - wenn sie Lehrgeld hatte zahlen müssen. Ich habe mich immer gewundert, wenn man aus dem Alter der Institution auf ihre Weisheit geschlossen hat: Zur Weisheit gehörte doch wohl auch Lernfähigkeit.
2. Damit das klar ist: Ich bin dieser Kirche verbunden, bin in ihr eingewurzelt, ich werde sie immer lieben, auch wenn es in ihr Funktionäre geben sollte, die sich meine Liebe zur Kirche verbitten. Nicht die selbstgerechte Organisation ist es, die ich liebe, auch nicht jenes Milieu, das ohne den Bösen Feind nicht auskommt, weil es die Kraft nicht hat, Andersdenkenden gerecht und fair und friedentiftend und eben christlich sich zu nähern. Die Katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland hat sich durch diese Wahlempfehlung der Aufgabe entzogen und sich um die Chance gebracht, zusammenzuführen und zusammenzuhalten, was durch diesen Wahlkampf in totaler Polarisierung auseinanderzutreiben droht. Das ist bitter - und doch bitte ich meine nichtchristlichen und meine nichtkatholischen Freunde, mir zu glauben, daß die Verhärtung der Organisation und die Parteilichkeit jenes Milieus nur Schattenseiten dieser Kirche sind: Laßt uns zu gegebener Zeit wieder darüber reden, was sie zum Inneren Reichtum der Menschen und zur Gestaltung ihres Zusammenlebens an Wertvollem einzubringen hat. Diese meine Kirche erliegt leider immer wieder der fatalen Neigung, sich im selbstgewählten Ghetto zu verhärten und von dort her Ausfälle zu machen. Im Synodendokument "Kirche und Arbeiterschaft" zum Beispiel kann man nachlesen, daß immer sie selbst es war, die dafür büßen mußte. Auch nach dem gestrigen Rückfall wird die Zeit ihrer dialogischen Öffnung wieder kommen. Ich bleibe dabei: Meine Kirche und meine Partei haben sich zu gegenseitiger geistiger Befruchtung noch viel zu sagen.



3. In diesen Tagen haben Katholiken mich gefragt, ob sie aus der Kirche austreten sollen: Eine Kirche, die sie letztlich politisch auf den verhängnisvollen Mann Strauß und seine Politik festlegen wolle, habe ihnen auch religiös nichts mehr zu sagen. Ich habe allen zugeredet, zu bleiben. Hier ist nicht der Ort, dazu aus dem Glauben heraus zu argumentieren; ich bleibe im Koordinatenfeld der Politik, wenn ich sage: Tut Strauß den Gefallen nicht! Leute aus seinem Dunstkreis versuchen, seine politische Grundmaxime auch in unsere Kirche hineinzutragen: "Wir können nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen" (Sonthofen). Strauß und seine durch ihn um Maß und Mitte gebrachte CDU/CSU haben sich vorgenommen, die Sozialdemokratie durch Diffamierung moralisch fertigzumachen, um sie dann aus dem Zusammenhang der geistigen Vielgestalt unseres Volkes hinausstoßen zu können. Es ist sicher, daß ihnen das in Gänze mißlingen wird - aber soll es ihnen, so frage ich die Sozialdemokraten unter den Katholiken, denn in unserer Kirche gelingen? Drinbleiben also, zäher, beharrlicher, selbstbewußter, engagierter als bisher!

4. Sozialdemokratie heißt: Man redet miteinander, und wenn man Meinungsverschiedenheiten hat, redet man erst recht miteinander. Viele Menschen, die das "Prinzip Christen in den Parteien" leben wollen, finden gerade deshalb zur SPD. Das Gegenprinzip "Christliche Partei" konfrontiert, reißt auseinander. Ich sehe und höre mit Sorge, wie in unserer SPD mancher sich jetzt von den Konfrontierern von rechts in kulturkämpferische Sackgassen hineinmanövrieren läßt. Bleibt bitte besonnen. Hört auf Oswald von Nell-Breuning - wollt ausgerechnet Ihr Euch von den Unsäglichkeiten der NEUEN BILDPOST beeindrucken lassen? Bleibt solidarisch mit den Katholiken unter den Sozialdemokraten, die als Christdemokraten unter den Katholiken auch mit Euch solidarisch sein wollen. Die SPD braucht weiterhin das Gespräch mit der Katholischen Kirche; sie bleibt da auf Vertrauensarbeit und Vertrauensarbeiter angewiesen.

5. Als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken werde ich gefragt, wie denn dieses Laiengremium sich zu alledem stelle. Das Zentralkomitee hatte eine eigene Stellungnahme zur Wahl ausgearbeitet, die zu jeder der Parteien in spezifischer Weise kritisch, dabei aber sachlich und in keiner Weise parteilich war. Offenbar hatten sich manche etwas anderes versprochen. Darüber wird zu reden sein. Mit dem Hirtenbrief ist das Zentralkomitee in keiner Weise befaßt gewesen; alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr.

(-/22.9.1980/ks/ca)

* + +



Die Jugendhilfereform hat noch eine Chance

Die Verantwortung für die jungen Menschen trifft alle

Von Frank Sommer

Pressereferent des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit

Zugleich des 650.000 Mitglieder zählenden Bundes der deutschen katholischen Jugend, hat der Auffassung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, widersprochen, das von der Bundesregierung vorgelegte und vom Bundestag verabschiedete neue Jugendhilferecht "schwäche die Erziehungskraft der Familie" und trage "zu ihrer Auflösung" bei. Homberg äußerte die Hoffnung, daß die Jugendhilfereform trotz der schroffen Ablehnung durch Strauß doch noch eine Chance habe. Er wies darauf hin, daß es in dieser Frage innerhalb der CDU/CSU stets unterschiedliche Auffassungen gegeben habe und diese auch heute noch bestünden: "Die Frage ist, welches Gewicht der Kanzlerkandidat der CDU/CSU hat und welches Gewicht die anderen Länder haben. Bisher sieht es allerdings eindeutig so aus, als würde sich Bayern innerhalb der Unions-Länder durchsetzen können."

Das wäre fatal! Denn weit über den Kreis der sozial-liberalen Koalitionen in Bund und Ländern hinaus gibt es einen breiten Konsens der Fachleute und der in der praktischen Jugendarbeit Wirkenden über die Notwendigkeit der Ablösung des geltenden, in seinen Grundzügen auf dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1925 (!) beruhenden Jugendhilferechts durch ein modernes, der heutigen Situation gerecht werdendes Gesetz.

Hubertus Junge, Leiter der Abteilung Jugendhilfe im Caritas-Verband und bestimmt nicht verdächtig, Vorreiter sozialistischer Strategien zur Zerstörung der Familie zu sein, hat dazu in der Zeitschrift "Jugendwohl" (September 1980) unter anderem ausgeführt: "Nachdem die Bundesregierung ihre Verhandlungsbereitschaft signalisiert hat, liegt es bei der Opposition, dieses Angebot zu nutzen. Bei einer Einigung in letzter Minute gibt es weder Sieger noch Verlierer, denn die Verantwortung für die Jugend und die Jugendhilfe in Bund, Ländern und Gemeinden trifft uns alle. Die Folgen eines erneuten Scheiterns aber sind schwer abzuschätzen. Vieles spricht dafür, daß der Schaden für alle Beteiligten, für die Jugendpolitik, die Träger der Jugendhilfe, die jungen Menschen und ihre Familien groß und langanhaltend sein wird, denn die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß verpaßte Chancen in der Politik in der Regel vertane Chancen sind."

Eines der Hauptargumente, das aus den Reihen der Opposition immer wieder gegen die Reform vorgebracht wurde, ist die - falsche - Behauptung, es sei geplant, ein gigantisches Heer von Sozialarbeitern zu rekrutieren, das dann auf die Jugendlichen losgelassen werden solle mit dem Ziel, den Eltern ihr Erziehungsrecht wegzunehmen. Unvergessen ist in



diesem Zusammenhang die absurde Behauptung des Stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dregger: "Gemessen an dem Netz vorgesehener Eingriffsmöglichkeiten sind die von den Nationalsozialisten praktizierten öffentlichen Erziehungsmodelle geradezu stümperhaft gewesen."

Derartige Horrorvisionen entsprechen natürlich in keiner Weise der Wirklichkeit: Es ist vorgesehen, daß durch die Jugendhilfereform knapp 14.000 zusätzliche Kräfte in der Jugendhilfe eingesetzt werden können. Von diesen sollen 10.000 Sozialarbeiter sein, 1.000 Psychologen und 400 Ärzte, einige weitere Fachkräfte und rund 1.700 Verwaltungskräfte.

Wie dringend der Bedarf an solchen Kräften ist, das hat unlängst (laut "Staatsanzeiger für Baden-Württemberg" vom 30. August 1980) Staatssekretär Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium bei der Vorlage des Jahresberichts 1979 über die Jugendkriminalität dargelegt. Dort heißt es unter anderem: Die Hauptursache für die Kriminalitätsauffälligkeit und die Verwahrlosung dürfte jedoch nach wie vor in der eigenen Familie liegen. Die früher nur bestimmten Bevölkerungskreisen zugeschriebene Erziehungsunfähigkeit oder -unmündigkeit scheint sich immer mehr zu verbreiten. In zunehmendem Maße fallen auch Kinder aus sogenannten guten Familien durch Verwahrlosung und ein Abgleiten in die Kriminalität oder Drogenabhängigkeit auf... Viele Eltern haben nicht, oder zu spät erkannt, daß materielle Zuwendungen keine menschlichen Zuwendungen ersetzen können. Es ist deshalb besonders wichtig, die Eltern in ihre Bemühen um Erziehung hilfreich zu unterstützen, zum Beispiel durch Aufklärung und Erziehungsberatung, Organisation von Gesprächskreisen und Eltern-Kind-Gruppen mit dem Ziel, zunächst wieder das eigene Selbstvertrauen, die Sicherheit im Umgang mit dem Kind zu stärken...

Diesen Äußerungen ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie sind eine geradezu klassische Begründung der Notwendigkeit der Jugendhilfereform, die genau die Defizite beheben will, die Staatssekretär Ruder beklagt.

Solche Stimmen der Vernunft sind es, die hoffen lassen, daß Kinder, Jugendliche und Eltern, die auf Hilfsangebote warten, letztlich doch nicht zu Opfern einer rücksichtslos und hemmungslos geführten Wahlkampfpropaganda werden, sondern daß die Reform der Jugendhilfe zwischen dem 5. Oktober und dem Zusammentritt des neugewählten Bundestags im Vermittlungsverfahren doch noch eine wirkliche Chance bekommt.

(-/22.9.1980/ks/ca)

+ + +



Vom Pilotprojekt zum Landessender?

Wenn eine unionsnahe Zeitung über das Kabelfernsehprojekt Ludwigshafen ins Schwärmen gerät

Von Dr. Carlheinz Moesta MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Der aus CDU-Staatskanzleien gewöhnlich gut unterrichtete "Rheinische Merkur" stellt (in seiner Ausgabe vom 12. September 1980) ohne jeden Anflug eines Zweifels fest, daß Ministerpräsident Vogel "mit seinem hartnäckig vertretenen Pilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz zum Erfolg verurteilt" sei. Während der Regierungschef, sein Chef der Staatskanzlei und sein Fraktionsvorsitzender von Ergebnis-Offenheit, vom Experimental-Charakter des Projekts und von der Rückholbarkeit des Versuchs reden, hat sich ein seelenverwandter Journalist arg verplaudert.

Daß es dabei nicht um den Erfolg der Kabelkommunikation, sondern um den Erfolg der ersten privaten Programmveranstalter geht, steht für den "Rheinischen Merkur" außer Frage. Nach seinen Recherchen ist es "offensichtlich, daß es in Ludwigshafen kaum mehr um die Erprobung neuer Techniken als vielmehr um einen rundfunkpolitischen Durchbruch geht".

Auch bei der Ausleuchtung des medienpolitischen Hintergrundes läßt das Blatt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: "Der Nährboden für das jetzt allein auf das Sendegebiet des Südwestfunks beschränkte Pilot-Projekt ist günstiger denn je. Die Führungsspitze des Südwestfunks, von der die ARD gegen Vogels Kabelversuch entschieden Widerstand hätte erwarten können, ist erheblich lädiert."

Bemerkenswert ist das Ausbleiben jedwedes Widerspruchs. Die Sozialdemokraten haben immer befürchtet, daß in der Vorderpfalz keine Spielwiese für Medientechnologen, sondern eine Koppel für eine ganze Herde trojanischer Pferde angelegt werden soll. Und die ansonsten nicht eben mundfaule Mainzer Staatskanzlei hält sich bedeckt, nachdem ihre Blößen so unverhüllt zutage getreten sind. Ein Dementi steht jedenfalls aus.

Aus seinen Informationen hat der "Rheinische Merkur" auch eine Spekulation abgeleitet: Vogel sei daran interessiert, die neue Ludwigshafener Kabelanstalt später mit dem rheinland-pfälzischen Anteil des Südwestfunks zu vereinen. Vielleicht werde ihm mit einem eigenen Landessender "vielleicht gelingen, was der Hannoveraner Ernst Albrecht nicht geschafft hat".

Unwidersprochen steht auch diese Überlegung im Raum. Ihr Realitätsgehalt mag klein oder groß sein, ihre innere Logik bleibt unübersehbar.

Es gilt, wachsam zu sein und mehr Bewußtsein für Medienpolitik zu wecken. Auf dem Weg ins elektronische "Eldorado", das der rheinland-pfälzischen CDU offenbar als Fernseh-Selbstbedienungsladen erscheint, stehen indes noch einige Hürden: Landtagswahlen und Gerichtsurteile sind auch dabei.

(-/22.9.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

